Antrag

der Abg. Claudia Martin u. a. CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Kontaktstellen Frau und Beruf

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie und mit welchen Mittelansätzen im Landeshaushalt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf fördert und welche regionale Unterstützung die Kontaktstellen erhalten;
2. wie sich die Zusammenarbeit der Kontaktstellen untereinander gestaltet und wie diese koordiniert wird;
3. in welchen Regionen es derzeit Kontaktstellen Frau und Beruf gibt und ob weitere Kontaktstellen geplant sind;
4. inwiefern sich die Aufgabenfelder und Arbeitsschwerpunkte der Kontaktstellen im Laufe der Jahre verändert haben;
5. ob die Arbeit der Kontaktstellen einer regelmäßigen Überprüfung oder Evaluierung unterzogen wird;
6. wie die Kontaktstellen mit den Arbeitsagenturen und kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zusammenarbeiten;
7. ob es erste Erfahrungen gibt, wie sich die Covid-19-Pandemie auf die Arbeitswelt auswirkt und wie sich die Chancen von Frauen am Arbeitsmarkt verändert haben;

8. wie sich die Covid-19-Pandemie auf die Arbeit der Kontaktstellen auswirkt und wie virtuelle Beratungs- und Veranstaltungsangebote angenommen werden;
9. ob digitale Angebote dazu beitragen können, mehr Frauen im ländlichen Raum zu erreichen.

03.06.2020

Martin, Paal, Gramling, Dörflinger,
Hartmann-Müller, Huber CDU

Begründung

Die Kontaktstellen Frau und Beruf leisten seit mehr als 25 Jahren einen maßgeblichen und nachhaltigen Beitrag für die berufliche Chancengleichheit und die Erschließung des Fachkräftepotenzials von Frauen in Baden-Württemberg. Als landesweites Netzwerk der beruflichen Frauenförderungen unterstützt und berät das Programm seine Klientinnen bei Themen wie Berufsorientierung, Aufstiegsförderung, Wiedereinstieg und Selbstständigkeit.

Da derzeit noch keine flächendeckende Beratungsinfrastruktur gewährleistet werden kann, thematisiert dieser Antrag, wie die Landesregierung den Ausbau der Kontaktstellen unterstützen möchte und wie sich die Zusammenarbeit innerhalb des Netzwerks gestaltet. Darüber hinaus soll in Erfahrung gebracht werden, wie sich die laufende Covid-19-Pandemie auf die berufliche Entwicklung der Frauen in unserem Land auswirkt und wie die Kontaktstellen unter den veränderten Bedingungen arbeiten.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 24. Juni 2020 Nr. 65-5656.14/517 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. *wie und mit welchen Mittelansätzen im Landeshaushalt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf fördert und welche regionale Unterstützung die Kontaktstellen erhalten;*

Zu 1.:

Das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf wird seit dem Jahr 1994 von Seiten des Landes gefördert.

Der Mittelansatz im Landeshaushalt bei Kapitel 0708 TG 75 beträgt seit dem Jahr 2016 jährlich 2.359 Tsd. Euro. Insgesamt betrug das Fördervolumen des Landes für das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf von 1994 bis 2020 rund 28,6 Millionen Euro.

Aktuell werden landesweit elf regionale Beratungseinrichtungen in zehn Regionen bei 13 unterschiedlichen Trägern (Kommunen, Kammern, Wirtschaftsfördergesellschaften, Stiftungen, VHS und Verein) sowie eine Service- und Koordinierungsstelle gefördert.

Die derzeitige Förderung des Landes beinhaltet 60 Prozent der Personalkosten für eine Regelausstattung von 2,5 Stellen (ein Vollzeitäquivalent Leitung, ein Vollzeitäquivalent Beratung und eine 50 Prozent-Stelle Assistenz bei einer Deckelung

der Personalkosten bei 113.000 Euro) sowie eine Sachkostenpauschale in Höhe von 8.800 Euro je Vollzeitäquivalent. Regionen mit überdurchschnittlich großer Fläche oder Einwohnerzahl können eine weitere Vollzeitstelle beantragen (maximale Förderung: 47.800 Euro für ein Vollzeitäquivalent, zzgl. Sachkostenpauschale in Höhe von 8.800 Euro je Vollzeitäquivalent). Zudem erfolgt eine zweckgebundene Förderung für Veranstaltungen mit Unternehmen und externe Beratungstage in der Region sowie für die Begleitung von Mentorinnen und Mentees des Mentorinnen-Programms für Migrantinnen bis zur Höhe von jeweils 5.000 Euro. Die maximale Gesamtförderung je Kontaktstelle beläuft sich bei Regelausstattung auf 145.000 Euro bzw. bei Kapazitätserweiterung maximal 202.500 Euro.

Die jeweiligen Träger der Kontaktstellen tragen 40 Prozent der Personalkosten sowie die über die Pauschale des Landes hinausgehenden Sachkosten.

Seit dem Jahr 2015 wird durch das Land zudem eine Service- und Koordinierungsstelle (SEKO) für das Landesprogramm mit 1,5 Stellen und Sachmitteln in Höhe von jährlich insgesamt 165.000 Euro gefördert.

2. wie sich die Zusammenarbeit der Kontaktstellen untereinander gestaltet und wie diese koordiniert wird;

Zu 2.:

Die Zusammenarbeit der Kontaktstellen Frau und Beruf untereinander erfolgt institutionalisiert u. a. im Rahmen eines Landesarbeitskreises, eines gemeinsamen Jahresthemas und seit der Corona-Pandemie verstärkt auch durch gemeinsame Videokonferenzen.

Die Koordination der Zusammenarbeit wird durch regelmäßige Arbeitstreffen und Videokonferenzen sowie einen vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau jährlich veranstalteten Planungs- und Teamworkshop unterstützt.

Seit Oktober 2015 wurde zur Professionalisierung des Programms die SEKO eingerichtet. Sie bündelt übergreifende Aufgaben wie Marketing und Qualitätssicherung und setzt sie aus einer Hand um. Die SEKO ist zentrale Anlaufstelle, berät und unterstützt die Kontaktstellen und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau mittels übergreifender Leistungen wie der Durchführung einer regelmäßigen Kundinnenbefragung, der Erstellung von übergreifenden Werbematerialien und Ergebnisberichten, der Organisation von Weiterbildungsmaßnahmen und Wissenstransfer-Workshops sowie zentraler Veranstaltungen u. a. im Rahmen des Mentorinnen-Programms für Migrantinnen.

3. in welchen Regionen es derzeit Kontaktstellen Frau und Beruf gibt und ob weitere Kontaktstellen geplant sind;

Zu 3.:

Aus nachfolgender Tabelle ergibt sich die Übersicht über die derzeit bestehenden elf Kontaktstellen Frau und Beruf:

	Region	Standorte	Träger	Personelle Ausstattung
1	Bodensee-Oberschwaben	Ravensburg	Wirtschafts- und Innovationsförderungsgesellschaft Landkreis Ravensburg mbH	2,1
2	Heilbronn-Franken	Heilbronn Schwäbisch Hall Tauberbischofsheim	Wirtschaftsregion Heilbronn-Franken GmbH	3,5
3	Mittlerer Oberrhein	Karlsruhe	Wirtschaftsstiftung Südwest	2,5
4	Neckar-Alb	Reutlingen	VHS Reutlingen GmbH	2,5
5	Nordschwarzwald	Nagold Pforzheim	IHK Nordschwarzwald	2,5
6	Ostwürttemberg	Heidenheim Aalen Schwäbisch Gmünd	Trägerverbund: LRA Heidenheim und LRA Ostalbkreis	2,5
7	Rhein-Neckar-Odenwald	Mannheim Heidelberg	Stadt Mannheim	3,15
8	Schwarzwald-Baar-Heuberg	Villingen-Schwenningen	Trägerverbund: IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg und HWK Konstanz	2,5
9	Stuttgart	Ludwigsburg	Stadt Ludwigsburg	2,5
10	Stuttgart	Stuttgart	BeFF – Berufliche Förderung von Frauen e.V.	3,1
11	Südlicher Oberrhein	Freiburg Offenburg	Stadt Freiburg	4,78

Zielsetzung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau war mit dem Förderaufruf im Jahr 2015 die Einrichtung von Kontaktstellen in allen zwölf Wirtschaftsregionen. Es hat sich jedoch gezeigt, dass der regionale Ausbau und die Einrichtung von Kontaktstellen in manchen Regionen eine Herausforderung darstellen.

So ist es trotz mehrfacher Förderaufrufe und Vorortgespräche bisher nicht gelungen, eine Trägerinstitution für eine Kontaktstelle Frau und Beruf in der Region Hochohrhein-Bodensee zu gewinnen. Zudem hat die IHK Ulm zum 1. August 2019 die Trägerschaft der Kontaktstelle Ulm-Donau-Iller aufgegeben. Auch hier konnte mit den regionalen Institutionen bisher keine neue Trägerinstitution gefunden werden.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau sieht insbesondere auch angesichts der Corona-Pandemie, geringe Chancen, derzeit neue Trägerinstitutionen zu gewinnen. Gleichzeitig besteht durch die Digitalisierung die Chance für den Aufbau eines landesweiten Online-Angebots zum Thema Frau und Beruf.

Seit Anfang 2020 wurde daher mit der Hochschule Heilbronn ein dreijähriges Projekt „Frau und Beruf digital“ zur partizipativen Erarbeitung und Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie für die Kontaktstellen Frau und Beruf gestartet, welches angesichts der aktuellen Corona-Krise besondere Bedeutung erfährt.

Ziel des Vorhabens ist es, eine Digitalisierungsstrategie für das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf Baden-Württemberg zu entwickeln, pilothaft im Jahr 2021 zu erproben und im Jahr 2022 einen landesweiten Rollout umzusetzen.

Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie werden Lösungsansätze für die folgenden inhaltlichen Säulen erarbeitet:

- Beratung der Kundinnen mit Nutzung der Potenziale ergänzender digitaler Lösungen,
- kollaborative Zusammenarbeit der Kontaktstellen untereinander und mit den Stakeholdern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Weiterbildungsträgern, der SEKO etc.,
- Lern- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen unter Nutzung digitaler Lösungen (Online-Veranstaltungsangebote Frau und Beruf).

4. inwiefern sich die Aufgabenfelder und Arbeitsschwerpunkte der Kontaktstellen im Laufe der Jahre verändert haben;

Zu 4.:

Das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf unterstützt durch ein verlässliches, ganzheitliches Beratungsangebot Frauen bei der erfolgreichen beruflichen Integration und Entwicklung. Die Kontaktstellen beraten daher Frauen zu allen aktuellen beruflichen Fragen. Sie ermutigen Frauen zu einer aktiven Lebens- und Berufswegeplanung, fördern die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben und geben Anstöße für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei arbeiten die Kontaktstellen als niederschwellige und regionale Anlaufstellen eng mit Wirtschaftsorganisationen, Weiterbildungsträgern, Arbeitsagenturen und Unternehmen zusammen.

Als wichtiges Ziel des Landesprogramms hat die Erschließung des Fachkräftepotenzials von Frauen durch die quantitative und vor allem qualitative Erhöhung ihrer Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung über die Jahre an Bedeutung gewonnen. Dazu gehört die Mobilisierung der stillen Reserve ebenso wie eine qualifikationsgerechte Beschäftigung von Frauen in Fach- und Führungspositionen, die Erhöhung des Arbeitszeitvolumens sowie die Gewinnung von mehr Frauen für MINT-, Pflege- und Erziehungs-Berufe. In den letzten Jahren haben insbesondere die berufliche Weiterentwicklung und der Aufstieg von Frauen, die Integration von Migrantinnen und die Themen Digitalisierung und Arbeitswelt 4.0 an Bedeutung gewonnen.

5. ob die Arbeit der Kontaktstellen einer regelmäßigen Überprüfung oder Evaluierung unterzogen wird;

Zu 5.:

Im Jahr 2012 erfolgte eine externe Evaluierung des Landesprogramms Kontaktstellen Frau und Beruf durch die Prognos AG. Die Evaluation zeigte insgesamt die gute Qualität und Wirksamkeit der Kontaktstellenarbeit, die hohe wirtschaftspolitische Bedeutung und steigende Relevanz der Zielsetzungen des Landesprogramms. Es bestehen wenig Überschneidungen, aber sinnvolle Kombinationen mit anderen Beratungsangeboten sowie eine vielfältige Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern und eine hohe Zustimmung der Kooperationspartner. Neutrale, ganzheitliche, frauenspezifische Beratung ist ein Alleinstellungsmerkmal. Als ausbaufähig wurde insbesondere die Zusammenarbeit mit Unternehmen gesehen. Zudem wurde die Verbesserung der Sichtbarkeit als Landesprogramm (gemeinsame Marke) empfohlen, ebenso wie der Ausbau des Programms mit zusätzlichen Kontaktstellen.

Die Empfehlungen zur Optimierung, Weiterentwicklung und zum mittelfristigen Ausbau des Programms wurden in den Jahren 2013 bis 2018 umgesetzt. Hierzu gehörte u. a. die Entwicklung einer neuen Marketingkonzeption (2014), die Konzeption und Umsetzung landesweit sichtbarer, einheitlicher Module für Wiedereinsteigerinnen und Wirtschaft (2015/2016), der Förderaufruf zum Ausbau des Landesprogramms und zur Einrichtung der SEKO (2015) sowie die Konzeption und Umsetzung des neuen Mentorinnen-Programms für Migrantinnen (2017).

Im Jahr 2016 wurde eine Befragung zur Beratungsqualität und Kundinnenzufriedenheit in den Kontaktstellen Frau und Beruf nach Grundsätzen des Qualitätsmanagements neu eingeführt, die in den Folgejahren fortgeführt wurde.

Wesentliche Ergebnisse sind: Die Beratungsqualität bei den Kontaktstellen Frau und Beruf innerhalb Baden-Württembergs ist gut. Das Programm wirkt, der Nichterwerbstätigenanteil der beratenen Frauen sank im Jahr 2016 von 28 Prozent auf 15 Prozent bzw. in der Wiederholungsbefragung im Jahr 2019 von 21 Prozent auf zwölf Prozent. Die beratenen Frauen empfehlen die Kontaktstellen gerne weiter. Die Beratung bewirkt bei den Kundinnen eine hohe Aktivierung: von zehn Kundinnen wurden neun nach der Beratung aktiv (Bewerbungen: 45 Prozent, neuen Arbeitsplatz gefunden: 28 Prozent, Beratung bei anderen Stellen: 24 Prozent, Aus- und Weiterbildung begonnen: 18 Prozent, Selbstständigkeit: 7 Prozent). Weitere Informationen sind auf der Internetseite zu finden unter <https://www.frau-undberuf-bw.de/aktuell/kundinnenzufriedenheit-kontaktstellen-frau-und-beruf>).

Gemäß Koalitionsvertrag wurden im Jahr 2018 alle Förderprogramme des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg auf Ergänzungs- und Optimierungsbedarfe geprüft. Die Evaluation hat die bisherige Herangehensweise und die bereits durchgeführten Wirkungsanalysen und Evaluierungsmaßnahmen für das Landesprogramm Kontaktstellen Frau und Beruf als zielführend bestätigt. Ebenso bilden die zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen entwickelten systematischen Instrumente zur regelmäßigen Überprüfung der Beratungsqualität und Kundinnenzufriedenheit wichtige Bausteine.

6. wie die Kontaktstellen mit den Arbeitsagenturen und kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zusammenarbeiten;

Zu 6.:

Die Zusammenarbeit der Kontaktstellen Frau und Beruf mit den Arbeitsagenturen und den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten verläuft sehr gut und kooperativ. Landesweite, gemeinsame Workshop-Veranstaltungen dienen der Vernetzung und des übergreifenden Austausches. Über ganz Baden-Württemberg hinweg bestehen regionale Netzwerke und oft projektbezogene Kooperationsformate zwischen den genannten Stellen. Diese dienen beispielsweise der Wiedereinstiegsberatung, sie setzen sich ein für Qualifizierungsmaßnahmen oder zielen darauf ab, Potenziale der sogenannten „stillen Reserve“ zu erschließen, also Frauen zu unterstützen, die nach einer familienbedingten Erwerbsunterbrechung den Wiedereinstieg in den Beruf sondieren. Hier decken die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wie auch die Kontaktstellen Frau und Beruf oder die Arbeitsagenturen unterschiedliche Schwerpunkte ab, die sich projekt- und einzelfallbezogen ergänzen und Synergien herstellen, so zum Beispiel in der Bekanntmachung von diversen Angeboten oder durch Veranstaltungen vor Ort.

Die Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Beauftragten für Chancengleichheit der Bundesagentur für Arbeit wurde zudem seit dem Jahr 2015 strategisch durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau ausgebaut, u. a. findet ein jährlicher gemeinsamer Workshop mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, den Kontaktstellenleiterinnen und den Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zu einem aktuellen Thema statt. Auf Fachebene nimmt die Vertreterin der Regionaldirektion in regelmäßigen Abständen beratend an den Sitzungen des Landesarbeitskreises der Kontaktstellen teil.

7. ob es erste Erfahrungen gibt, wie sich die Covid-19-Pandemie auf die Arbeitswelt auswirkt und wie sich die Chancen von Frauen am Arbeitsmarkt verändert haben;

Zu 7.:

- Die Corona-Krise hat in der relativ kurzen Zeit des Lockdown zu einer grundlegenden Veränderung der Arbeitswelt geführt. Es zeichnet sich nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit bereits jetzt ein direkter Einfluss auf die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ab.

Nach Untersuchungen, u. a. des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB), tragen Frauen mit Kindern in der Corona-Krise eine höhere Belastung als Männer, da sie im Homeoffice häufig auch noch für das Homeschooling verantwortlich sind. Zudem sind Frauen häufiger in systemrelevanten Berufen (z. B. Gesundheit, Pflege, Erziehung, Einzelhandel) tätig.

Der Frauenanteil in den systemrelevanten Berufsgruppen beträgt bis zu 75 Prozent in Deutschland¹. Hier sind Frauen derzeit sehr stark gefragt und gefordert.

Bereits vor der Corona-Krise übernahmen Frauen durchschnittlich 1,5 Stunden täglich mehr Sorgearbeit. Durch Kita- und Schulschließungen sind Frauen mehrfach belastet, im Homeoffice durch Homeschooling und Betreuung der Kinder. Derzeit reduzieren mehrheitlich Frauen (mit finanziellen Einbußen) ihre Arbeitszeit.

Familien von Pflegebedürftigen sind durch die Corona-Krise aktuell schwer belastet. Wegen der Krise waren die rund 4.500 Tagespflegeeinrichtungen in Deutschland zeitweise geschlossen. Etwa 2,5 Millionen Angehörige übernehmen in Deutschland die Pflege und Betreuung ihrer pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause, in Baden-Württemberg werden 302.290 Pflegebedürftige zu Hause versorgt, was mit 76 Prozent dem bundesweiten Trend entspricht. Zu 70 Prozent sind es Frauen, die diese Aufgabe schultern. Frauen stellen zudem in den Pflegeeinrichtungen 85 Prozent der Beschäftigten (2017).

Die gesetzlichen Anpassungen zum „Zweiten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ auf Bundesebene für pflegende Angehörige sind daher zu begrüßen. Sie unterstützen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in einer akuten Pflegesituation durch ein verlängertes Pflegeunterstützungsgeld und mehr Zeit, um die Pflege zu Hause sicherzustellen oder neu zu organisieren. Zusätzlich haben Beschäftigte, die gleichzeitig Pflegeaufgaben übernehmen, befristet bis zum 30. September 2020 die Möglichkeit, mit Zustimmung des Arbeitgebers Familienpflegezeit und Pflegezeit flexibler zu nutzen und sie erhalten finanzielle Förderung durch zinslose Darlehen nach dem Familienpflegezeitgesetz zur Abmilderung der Einkommenseinbußen.

Aktuell liegen bei den 19 Agenturen für Arbeit aus den Monaten März bis Mai 2020 (Stand 28. Mai 2020) 115.339 Anzeigen, davon noch 9.262 vom Mai, von einzelnen Betrieben auf Kurzarbeit vor; das sind etwa zwei Fünftel der Betriebe des Landes mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Bei einer Anzeige melden die Unternehmen auch die Zahl der möglicherweise betroffenen Personen bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur. In den Monaten März bis Mai wurde im Land Kurzarbeit für bis zu 1.927.089 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte angemeldet. Dies entspricht einem Anteil von 40,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt (4.757.900 im März 2020).

Bei der Bewertung der Meldungen ist wichtig, dass die Zahlen der in den Anzeigen genannten Personen einen maximal möglichen Kurzarbeitsrahmen abbilden, jedoch noch nichts über die tatsächliche Inanspruchnahme von Kurzarbeit aussagen. Dazu sind Aussagen erst möglich, sobald die Arbeitgeber die Anträge auf Abrechnungen vorgelegt haben und diese bearbeitet sind. Ein großer Teil der Anzeigen kommt im Gegensatz zur Finanzkrise 2008/2009 aus dem Gastgewerbe und dem Handel. In welchem Umfang Frauen betroffen sind, ist nicht bekannt, da die Daten bei der Bundesagentur für Arbeit nicht geschlechtsspezifisch erfasst werden.

Das Kurzarbeitergeld sichert – abhängig von der Dauer – eine Fortzahlung von maximal 80 Prozent (87 Prozent mit mindestens einem Kind) des wegfallenden Nettogehalts. Wenn Verheiratete die Steuerklassenkombination III/V gewählt haben, weil das Nettoeinkommen der Frau meist durch Teilzeit, besonders niedrig ist, sinkt die Höhe des Kurzarbeitergeldes für die Frauen erheblich. Frauen arbeiten auch häufiger in Branchen, in welchen das Kurzarbeitergeld nicht vom Arbeitgeber weiter aufgestockt wird. Voraussetzung für den Bezug von Kurzarbeitergeld ist zudem, dass Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung geleistet wurden.

¹ Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.743854.de/diw_aktuell_28.pdf; Weltweit stellen Frauen bis zu 70 Prozent der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegesektor.

Minijobs werden überwiegend von Frauen ausgeübt. Bereits Ende März 2020 zeigte sich ein Rückgang von fast 220.000 Minijobs im Vorjahresvergleich. 157.000 davon sind Frauen. Für diese Beschäftigungsverhältnisse besteht kein Anspruch auf Kurzarbeitergeld.

Die Corona-Krise hat insgesamt zu einer starken Belastung des Arbeitsmarktes geführt. Mit 270.286 Arbeitslosen nahm im Mai 2020 der Bestand in Baden-Württemberg im Vergleich zum Mai 2019 um 78.980 bzw. 41,3 Prozent zu. Männer waren mit plus 45,0 Prozent deutlich stärker betroffen als Frauen mit plus 36,7 Prozent. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Frauen häufiger in systemrelevanten Berufen tätig sind und dort gegenwärtig immer noch eine hohe Nachfrage besteht. Geschlechtsspezifische Unterschiede werden auch an der Arbeitslosenquote sichtbar, die im Mai 2020 für alle Arbeitslose bei 4,3 Prozent lag und bei Männern mit 4,5 Prozent deutlich höher als bei Frauen mit 4,0 Prozent war.

8. wie sich die Covid-19-Pandemie auf die Arbeit der Kontaktstellen auswirkt und wie virtuelle Beratungs- und Veranstaltungsangebote angenommen werden;

Zu 8.:

Die Corona-Krise stellt auch die Arbeit der Kontaktstellen Frau und Beruf vor große Herausforderungen. Beratungs- und Veranstaltungsangebote mussten auf digitale Formate umgestellt werden. Die Mitarbeiterinnen der Kontaktstellen arbeiten seit dem Lockdown überwiegend im Homeoffice. Es wurden verschiedene Online-Angebote in den Kontaktstellen entwickelt, um Frauen in ihrer Berufstätigkeit, im Homeoffice und in ihren digitalen Kompetenzen zu stärken. Die Auftaktveranstaltung des Mentorinnen-Programms für Migrantinnen wurde online durchgeführt und die Betreuung läuft derzeit digital. Ebenso wurden in kurzer Zeit Online-Seminare entwickelt, die zum Teil landesweit geöffnet werden. Dies erhöht die Sichtbarkeit und ergibt insgesamt einen Digitalisierungsschub bei den Kontaktstellen. Dieser Prozess wird aktiv mit dem Projekt „Frau und Beruf digital“ begleitet, das Anfang des Jahres mit der Hochschule Heilbronn gestartet wurde. Zudem wurde zur Erhöhung der Sichtbarkeit des Programms verstärkt Werbung über Social-Media-Kanäle geschaltet. Mit einer verstärkten Nachfrage nach Beratung wird im Herbst 2020 gerechnet. Es ist davon auszugehen, dass sich auch die Beratungsthemen teilweise verändern werden. Eine frühzeitige Beratung von Frauen ist wichtig, um Nachteile auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden.

9. ob digitale Angebote dazu beitragen können, mehr Frauen im ländlichen Raum zu erreichen.

Zu 9.:

Online-Angebote bieten die Chance, dass Frauen aus ganz Baden-Württemberg daran teilnehmen können, insbesondere auch aus dem ländlichen Raum und Bereichen, die derzeit über keine Kontaktstelle Frau und Beruf verfügen. Vorteile bietet dies insbesondere für Frauen, die zeitlich eingeschränkt sind durch familiäre Verpflichtungen oder weite Wegstrecken zurücklegen müssten, um Präsenzangebote nutzen zu können. Dies ist daher eine zeit- und ressourceneffiziente Angebotsform. Nicht in allen Fällen können Online-Angebote jedoch die Präsenzberatung ersetzen. Zudem müssen Frauen über die digitalen Kompetenzen verfügen, an Online-Formaten teilzunehmen.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Wohnungsbau